Statuten der Solothurner Spitäler AG; Genehmigung

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 10. Mai 2005, RRB Nr. 2005/1076

Zuständiges Departement

Departement des Innern

Vorberatende Kommission(en)

Sozial- und Gesundheitskommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Ausgangslage und Stand der Vorbereitungsarbeiten zur Verselbständigung der Spitäler	5
2. Auswirkungen	7
2.1 Die Bedeutung der Statuten, Vorgaben des Spitalgesetzes	7
2.2 Finanzielle Auswirkungen für den Kanton	7
3. Erläuterung der Gründungsstatuten der Solothurner Spitäler AG	9
4. Rechtliches	14
5. Antrag	14
6. Beschlussesentwurf	15

Beilagen

Statuten der Solothurner Spitäler AG

Kurzfassung

Das Spitalgesetz, welches vom Kantonsrat am 12. Mai 2004 beschlossen wurde (KRB Nr. 112/2003), wird am 1. Januar 2006 in Kraft treten. Der Regierungsrat wird die Gründung der gestützt darauf zu errichtenden Solothurner Spitäler AG auf den 1. Januar 2006 vornehmen. Die Gründungsstatuten müssen vom Kantonsrat genehmigt werden (§ 16 Abs. 4 Spitalgesetz). Mit der vorliegenden Botschaft werden dem Kantonsrat die Statuten zur Genehmigung unterbreitet. Der Inhalt der Statuten ist weitgehend durch die Vorschriften des Obligationenrechts vorgegeben. Die AG soll ein Aktienkapital von 30 Mio. Franken aufweisen, welches vollständig in Form einer Sacheinlage der Mobilien der Spitäler liberiert wird. Die Immobilien verbleiben im Eigentum des Kantons. Der Verwaltungsrat der AG soll aus 5 bis 9 Mitgliedern bestehen. Der Regierungsrat nimmt die Aktionärsrechte des Kantons wahr (§ 17 Abs. 2 Spitalgesetz). Er bildet also faktisch die Generalversammlung der AG und er wird auch den Verwaltungsrat wählen. Spätere Statutenänderungen beschliesst die Generalversammlung der Solothurner Spitäler AG. Diese müssen nicht mehr vom Kantonsrat genehmigt werden.

Der Kantonsrat wird für die Solothurner Spitäler AG einen mehrjährigen Leistungsauftrag samt Verpflichtungskredit zu beschliessen haben. Diese Vorlage wird dem Kantonsrat im Herbst 2005 mit einer separaten Botschaft beantragt werden. Die Genehmigung der Statuten muss aber früher erfolgen, damit die Vorbereitungsarbeiten zur Verselbständigung der Spitäler und zur Errichtung der Solothurner Spitäler AG termingerecht vorangetrieben werden können.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über die Genehmigung der Statuten der Solothurner Spitäler AG.

1. Ausgangslage und Stand der Vorbereitungsarbeiten zur Verselbständigung der Spitäler

Das Spitalgesetz, welches vom Kantonsrat am 12. Mai 2004 beschlossen wurde (KRB Nr. 112/2003), wird am 1. Januar 2006 in Kraft treten. Auf diesen Zeitpunkt werden die öffentlichen Spitäler des Kantons Solothurn in eine privatrechtliche gemeinnützige Aktiengesellschaft eingebracht und ihren Betrieb unter einer gemeinsamen Geschäftsführung im Rahmen dieser Aktiengesellschaft weiter führen. Nach § 16 Abs. 4 des Spitalgesetzes beschliesst der Regierungsrat die Gründungsstatuten der Aktiengesellschaft. Diese müssen vor der Errichtung der Gesellschaft vom Kantonsrat genehmigt werden. Spätere Statutenänderungen werden von der Generalversammlung der Aktiengesellschaft beschlossen. Faktisch ist dies wiederum der Regierungsrat, weil der Kanton nach § 17 des Spitalgesetzes immer mindestens zwei Drittel der Aktien halten muss und der Regierungsrat alle dem Kanton zustehenden Aktionärsrechte ausübt. Spätere Statutenänderungen müssen nicht mehr vom Kantonsrat genehmigt werden. Die formelle Gründung der Aktiengesellschaft nach den Vorschriften des Obligationenrechts wird voraussichtlich im Dezember 2005 erfolgen, so dass die Spitäler ab dem 1. Januar 2006 in der neuen Rechtsform geführt werden können.

Der Regierungsrat wird dem Kantonsrat im Herbst 2005 gestützt auf § 8 des Spitalgesetzes noch eine weitere Vorlage im Zusammenhang mit der Errichtung der Aktiengesellschaft unterbreiten, nämlich den Antrag für einen Beschluss des Kantonsrates für einen mehrjährigen Leistungsauftrag an die neue Solothurner Spitäler AG samt Verpflichtungskredit im Sinne des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (Wov-G; BGS 115.1). Die Genehmigung der Statuten muss aber früher erfolgen, damit die Vorbereitungsarbeiten zur Errichtung der Aktiengesellschaft und zur Verselbständigung der Spitäler wie geplant fortgeführt werden können.

Die Vorbereitungsarbeiten sind bereits im Sommer 2004 eingeleitet worden und kommen termingerecht voran. Die vom Regierungsrat eingesetzte, breit abgestützte Projektgruppe (RRB 2004/1531 vom 6. Juli 2004) hat unter dem Vorsitz von Regierungsrat Rolf Ritschard in zehn Teilprojekten für die anstehenden Probleme und offenen Fragen (Aufgabenausscheidung, Aufbau- und Ablauforganisation, Personal, Immobilien, Versicherungen, Gründung, Finanzierung und Tarifierung, Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung, Informatik, Markenauftritt, Kommunikation) bereits weitgehend Lösungen entwickelt und umgesetzt. Die oberste operative Führungsebene, die künftige Geschäftsleitung, konnte vom Regierungsrat designiert werden; sie hat zur Vorbereitung der Aufnahme der Tätigkeit der Solothurner Spitäler AG ab 1. Januar 2006 ihre Funktion aufgenommen. Für die Lösung der – insbesondere personalrechtlichen – Fragen beim Übergang in die Solothurner Spitäler AG ist mit Zustimmung der GAV-Kommission eine Verordnung zum Spitalgesetz erlassen worden (RRB 2005/729, vom 22. März 2005; Einsprachefrist bis 9. Juni 2005). Darüber hinaus ist ein Sozialplan erarbeitet worden, da die Verselbständigung der Spitäler (gem. SO+ – Massnahme Nr. 43 und Botschaft zum Spitalgesetz) mit der Auflage der Einsparung von 4 Mio. Franken am Kantonsbeitrag (bei gleich bleibenden Bedingungen) bis Ende 2008 verbunden ist. Diese Vorgabe kann nicht ohne ei-

nen entsprechenden Stellenabbau erreicht werden. Den betroffenen Mitarbeitenden soll im Rahmen des erarbeiteten Sozialplanes eine faire Lösung angeboten werden.

2. Auswirkungen

2.1 Die Bedeutung der Statuten, Vorgaben des Spitalgesetzes

Die Statuten bilden eine der formellen Voraussetzungen für die Errichtung einer AG. Ihr Inhalt ist durch das Obligationenrecht (OR) weitgehend vorgegeben. Sie müssen insbesondere Bestimmungen über den Zweck der Gesellschaft, die Höhe des Aktienkapitals und die von den Gründern geleisteten Einlagen sowie über die Organe der Gesellschaft enthalten. In zahlreichen Bereichen, insbesondere bezüglich der Aufgaben und Zuständigkeiten der Generalversammlung und des Verwaltungsrates enthält das OR zwingende Bestimmungen. Frei sind die Gründer aber vor allem bezüglich der Höhe des Aktienkapitals und der dafür zu leistenden Einlagen.

Bezüglich der Einlagen des Kantons in die Aktiengesellschaft sind die Vorgaben des Spitalgesetzes zu beachten. Nach § 16 Abs. 2 des Spitalgesetzes gehen die Mobilien der Spitäler, welche im Eigentum der bisherigen Institutionen oder des Kantons stehen, als Sacheinlage in die Aktiengesellschaft ein. Die Immobilien der Spitäler gehen hingegen in das Eigentum des Kantons über, soweit sie es nicht bereits sind. Für die Vermögensübertragungen von den Spitalstiftungen (Bürgerspital Solothurn, Spital Grenchen, Höhenklinik Allerheiligenberg) an den Kanton wird der Regierungsrat analog zu seinem Beschluss zur Vermögensübertragung des Bezirksspitals Breitenbach voraussichtlich im Herbst 2005 die entsprechenden Beschlüsse fassen.

2.2 Finanzielle Auswirkungen für den Kanton

Das Vermögen der Stiftungen geht also in einem ersten Schritt zunächst an den Kanton. Die Immobilien verbleiben beim Kanton. Die Mobilien gehen als Sacheinlage an die Aktiengesellschaft über, wofür der Kanton Aktionär der Solothurner Spitäler AG wird.

Der Versicherungswert der Mobilien aller Spitäler beläuft sich per 31. Dezember 2003 auf rund 137 Mio. Franken. Die Mobilien wurden bisher der Betriebsrechnung der Spitäler belastet und somit direkt abgeschrieben. In den Spitalbilanzen werden die Mobilien mit einem symbolischen Wert von Fr. 1.-- ausgewiesen. Die Spitäler führen erst seit dem 1. Januar 2004 eine Anlagebuchhaltung, in der sämtliche Investitionen über 10'000 Franken erfasst werden. Für die Bewertung der bisher beschafften Mobilien bestehen somit keine vollständigen Angaben.

Aufgrund der erwähnten Ausgangslage (Kanton ist Alleinaktionär, er leistet weiterhin erhebliche Beiträge an die Solothurner Spitäler AG) ist davon auszugehen, dass die Sacheinlage bei der vorliegenden Gründung auf einer summarischen Bewertung der Mobilien basieren kann. Es wurde deshalb das folgende Bewertungsverfahren gewählt:

Auf Basis der wirtschaftlichen Nutzungsdauer wurden von den (zulasten der Spitalrechnungen sowie der Investitionskredite des Hochbauamtes finanzierten) Anschaffungen der letzten zehn Jahre die voraussichtlichen Restwerte per 31. Dezember 2005 ermittelt. Dabei wurden folgende Annahmen getroffen:

- 30% der erfassten Investitionen betreffen Mobilien mit einem Anschaffungswert zwischen 3'000 bis 10'000 Franken und werden mit einem Abschreibungssatz von linear 20% abgeschrieben**.
- 70% betreffen Mobilien mit einem Anschaffungswert über 10'000 Franken, diese werden zu einem Abschreibungssatz von linear 10% abgeschrieben**.

- Mobilien mit einem Anschaffungswert unter 3'000 Franken wurden nicht erfasst, weil diese grösstenteils eine kürzere Nutzungsdauer aufweisen.
- ** Die lineare Abschreibung wurde nur für die Bewertung der Mobilien per 31. Dezember 2005 verwendet. Ab 1. Januar 2006 werden die Mobilien voraussichtlich degressiv (d.h. vom Restwert) abgeschrieben.

Aufgrund der vorerwähnten Bewertung der Mobilien wird ein Aktienkapital von 30 Mio. Franken vorgeschlagen. Für den Eintrag der neuen Aktiengesellschaft im Handelsregister ist die Sacheinlage durch einen anerkannten Wirtschaftsprüfer zu revidieren.

Einfluss der Bewertung auf das Innenverhältnis (Kanton/Spital)

Die Bildung des Aktienkapitals ist primär von der Bewertung der Mobilien abhängig. Andererseits sind in der Privatwirtschaft für die Bemessung des Aktienkapitals verschiedene andere Faktoren zu berücksichtigen (Verhältnis AK zum Gesamtkapital, Eigenkapitalrendite usw.), die jedoch im vorliegenden Fall –der Kanton ist Alleinaktionär der Solothurner Spitäler AG– nur von untergeordneter Bedeutung sind. Immerhin ergäbe sich mit einem Aktienkapital von 30 Mio. Franken ein Eigenkapitalanteil von ca. 40%. Dies entspricht ungefähr einem in der Privatwirtschaft üblichen Anteil (mindestens 50%). Im Vergleich mit anderen Spitalaktiengesellschaften (Anteil ca. 10–20%) ist dieser Anteil relativ hoch. Die verglichenen Spitäler haben jedoch aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen darauf hingewiesen, dass ihr bisheriges Aktienkapital eher zu tief bemessen sei. Da der Kanton Alleinaktionär ist, profitiert er letztlich auch von stillen Reserven der AG, die aus einer allfälligen Tieferbewertung der Sacheinlage resultieren.

Verhältnis gegenüber Krankenversicherern

Nach heutiger Rechtsprechung werden bei den für die Tarifiermittlung massgebenden Betriebskosten (an welche die Krankenversicherer ca. 46% über die Taxen und Tarife bezahlen) sämtliche Investitionen mit einem Anschaffungswert über 3'000 Franken als nicht anrechenbare Kosten ausgeschieden. Das bedeutet, dass der Kanton heute den grössten Teil der Investitionen selber bezahlt. Aus dieser Optik hat die Bewertung der Mobilien bzw. die daraus resultierenden Abschreibungen auf den Anteil der Krankenversicherer keinen Einfluss.

Auch nach einer möglichen KVG Revision (dual fixes Modell), welche eine anteilmässige Finanzierung der Investitionen (inkl. Immobilien) durch die Krankenversicherer vorsieht, dürfte die Bewertung der Mobilien/Immobilien (bzw. des entsprechenden Mietzinses) kaum massgebend sein. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der Bundesrat für die Anrechnung der Investitionen nämlich feste kalkulatorische Zuschlagssätze zu den Betriebskosten vorsehen.

Die ebenfalls diskutierte Einführung einer monistischen Spitalfinanzierung würde bedeuten, dass die Versicherer allein für Leistungen der stationären Behandlung aufzukommen hätten. Auch in einem solchen Finanzierungssystem müssten die Kantone wahrscheinlich Beiträge an die Krankenversicherung leisten. Die Betriebskosten der Spitäler wären aber in einem solchen Fall nicht mehr von direkter Bedeutung.

Einfluss der Bewertung auf die Staatsrechnung

Die Sacheinlage der Mobilien erfolgt in der AG erfolgsneutral (Aktivierung entspricht der AK-Bildung). In der Staatsrechnung sind die mit der Sacheinlage verbundenen Aktien zu 33 Prozent unter dem Finanzvermögen und zu 67% im Verwaltungsvermögen zu bilanzieren. Die Aufteilung in Finanzvermögen und Verwaltungsvermögen basiert auf § 17 Spitalgesetz, wonach der Kanton min-

destens 67% der Aktien selbst halten muss. 33% der Aktien kann er also veräussern. Der Anteil von 33% ist deshalb als Finanzvermögen zu betrachten.

Der durch die Aufwertung der Mobilien entstehende Buchgewinn von 30 Mio. Franken führt im Jahr 2005 zu einer Verbesserung der Staatsrechnung (a.o. Ertrag).

3. Erläuterung der Gründungsstatuten der Solothurner Spitäler AG

I. Firma, Sitz, Zweck und Dauer

§ 1 Firma

Die Firma „Solothurner Spitäler“ ergibt sich aus dem Spitalgesetz. Dies schliesst nicht aus, dass der Marktauftritt der AG und der einzelnen Spitäler noch unter zusätzlichen Bezeichnungen erfolgt. Diese Fragen werden zur Zeit geprüft. Sie können unabhängig von den vorliegenden Statuten entschieden werden.

§ 2 Zweck

Der Zweck der Gesellschaft ist unter Beachtung des Spitalgesetzes festzulegen und zu interpretieren. Wichtig ist der Hinweis auf die gemeinnützige Zweckbestimmung, die bereits im Spitalgesetz (§ 16 Abs. 1) verlangt ist. Ein wichtiger Grund für die Organisation der Spitäler in Form einer AG liegt in der Verbesserung der Kooperationsfähigkeit mit anderen Institutionen (z.B. Betrieb und Benützung eines medizinischen Grossgerätes zusammen mit anderen Institutionen). Absatz 2 schafft dazu die nötige Grundlage. Der Hinweis darauf, dass die AG auch Grundeigentum erwerben kann, stellt nicht etwa die Vorgabe des Spitalgesetzes (Immobilien der Spitäler bleiben im Eigentum des Kantons) in Frage. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass die AG im Rahmen von Kooperationen etc. auch Eigentum an einem Grundstück oder Stockwerkeigentum erwirbt.

II. Aktienkapital und Aktien

§ 3 Aktienkapital

Hier wird die oben (Ziff. 2.2) beschriebene Sacheinlage und Bildung des Aktienkapitals festgehalten.

§ 4 Aktien

Die Ausgabe von Aktienzertifikaten über mehrere Aktien ist eine administrative Vereinfachung, die aber als solche in den Statuten festgehalten werden muss. Auf diese Weise können insbesondere die vom Kanton nicht veräusserbaren Aktien in einem Zertifikat zusammengefasst werden.

§ 5 Übertragungsbeschränkung

Will eine Gesellschaft für die Aktien Übertragungsbeschränkungen einführen, so muss dies in den Statuten ausdrücklich festgehalten sein. Die Gründe für Übertragungsbeschränkungen müssen in den Statuten erwähnt sein. Eine Ablehnung der Übertragung ohne Angabe von Gründen ist nur möglich, wenn die Gesellschaft selber, ein anderer Aktionär oder eine andere der AG genehme Person, die fraglichen Aktien zum wirklichen Wert übernimmt (Art. 685b OR). Solange der Kanton keine Aktien

verkauft, hat diese Bestimmung allerdings keine Bedeutung, sie soll aber doch für einen später denkbaren Fall in die Statuten aufgenommen werden.

§ 6 Bezugsrecht

Ausnahmen vom Bezugsrecht jedes Aktionärs nach Massgabe seiner bisherigen Beteiligung sind nach Art. 652b OR nur aus wichtigen Gründen möglich.

§ 7 Aktienbuch

Bei Ausgabe von Namenaktien muss ein Aktienbuch geführt werden (Art. 686 OR).

III. Organe

§ 8 Organe der AG

Generalversammlung, Verwaltungsrat und Revisionsstelle sind die drei gesetzlich vorgeschriebenen Organe der AG.

A. Die Generalversammlung

§ 9 Aufgaben und Befugnisse

Die Aufgaben und Befugnisse der Generalversammlung sind durch das Obligationenrecht vorgegeben. Die Bestimmung entspricht daher wörtlich dem Art. 698 OR. Der Regierungsrat übt alle dem Kanton zustehenden Aktionärsrechte aus (§ 17 Abs. 2 Spitalgesetz). Er wird also faktisch die Generalversammlung der Aktiengesellschaft bilden. Er hat dabei die Vorgaben der Spitalgesetzgebung zu beachten. Einen wesentlichen Einfluss auf die Solothurner Spitäler AG wird der Kanton aber auch über das mehrjährige Globalbudget (mit Leistungsauftrag und Verpflichtungskredit) des Kantonsrates sowie über die Leistungsvereinbarung, die der Regierungsrat mit der Solothurner Spitäler AG abschliessen wird, ausüben können.

§ 10 und § 11 Ordentliche und ausserordentliche GV, Einberufung

Auch diese Bestimmungen richten sich nach den Vorgaben des Obligationenrechts (Art. 699 und 700 OR).

§ 12 Universalversammlung

Art. 701 OR lässt die Möglichkeit der Durchführung einer Universalversammlung zu, ohne dass vorgängig die Vorschriften über die Einberufung zu beachten sind. Auch die Universalversammlung kann aber nicht ohne die Anwesenheit bzw. die Vertretung der Mitglieder des Verwaltungsrates durchgeführt werden. Zum einen führt der Präsident des Verwaltungsrates den Vorsitz (vgl. § 14), zum anderen müssen die Mitglieder des Verwaltungsrates Aktionäre sein (vgl. auch bei § 16).

§ 13 bis § 15 Stimmrecht, Vorsitz, Protokoll und Beschlussfassung in der GV

Auch diese Bestimmungen ergeben sich weitgehend aus den Vorgaben des Obligationenrechts. Der Kanton, vertreten durch den Regierungsrat, wird in der Generalversammlung immer die qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen haben. Der Präsident oder die Präsidentin des Verwaltungsrates führt den Vorsitz. Das Protokoll wird wahrscheinlich, muss aber nicht vom Sekretär oder der Sekretärin des Verwaltungsrates geführt werden.

B. Der Verwaltungsrat

§ 16 Die Zusammensetzung

Der Verwaltungsrat soll aus 5 bis 9 Mitgliedern bestehen. Das gibt der Generalversammlung (Regierungsrat) die nötige Flexibilität in der Wahl der Mitglieder. Fünf Mitglieder sind das Minimum für eine ausgeglichene Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Bei mehr als 9 Mitgliedern würde die Handlungsfähigkeit des Verwaltungsrates zu stark eingeschränkt. Die Amtsdauer für die Wahl in den Verwaltungsrat soll 4 Jahre betragen und sich somit mit der Amtsdauer der Behörden im Kanton decken. Die Möglichkeit der Wiederwahl von Mitgliedern des Verwaltungsrates soll durch die Statuten nicht zum voraus beschränkt werden, was die Wahlbehörde nicht daran hindert, für eine gewisse Rotation im Verwaltungsrat zu sorgen. Hingegen soll eine Altersgrenze eingeführt werden. Das Mandat eines Mitgliedes des Verwaltungsrates endet spätestens mit der ordentlichen Generalversammlung

im Jahr, in welchem das Mitglied des Verwaltungsrates das 70. Altersjahr vollendet. Nach Art. 707 Abs. 1 OR müssen die Mitglieder des Verwaltungsrates Aktionäre sein. Dabei genügt aber nach herrschender Lehre eine treuhänderische Überlassung einer Aktie an die Gewählten für die Dauer ihres Mandates (Forstmoser/Meier-Hayoz/Nobel, Schweizerisches Aktienrecht, Bern 1996, § 27 N. 4, mit weiteren Hinweisen).

§ 17 bis 20 Konstituierung, Vertretung, Sitzungen, Beschlussfassung

Die §§ 17 bis 20 enthalten die üblichen Bestimmungen bezüglich Konstituierung, Vertretung der Gesellschaft nach aussen, Einberufung der Sitzungen, Protokollführung und Abstimmungsmodus zur Beschlussfassung. Die Generalversammlung wird auch den Präsidenten und den Vizepräsidenten, bzw. die Präsidentin und die Vizepräsidentin wählen. Im übrigen wird sich der Verwaltungsrat selber konstituieren. Er kann dabei insbesondere Ausschüsse für bestimmte Aufgaben bilden. Der Verwaltungsrat hat einen Sekretär oder eine Sekretärin zu wählen. Deren Aufgabe ist insbesondere die Protokollführung aber auch die administrative Unterstützung des Verwaltungsrates. Die Vertretung der Gesellschaft nach aussen wird im Organisationsreglement zu regeln sein (vgl. § 21), massgebend ist der Eintrag im Handelsregister.

§ 21 Aufgaben und Befugnisse

Der Verwaltungsrat ist das geschäftsführende Organ der AG. Er kann in allen Angelegenheiten Beschluss fassen, soweit nicht die Generalversammlung zuständig ist (Art. 716 OR). Der Verwaltungsrat muss sich aber bei seinen Entscheiden immer vom Zweck der AG und insbesondere von den Vorgaben der Spitalgesetzgebung leiten lassen. Er kann zwar Aufgaben der Geschäftsführung weiter übertragen. Bestimmte Aufgaben darf er aber nicht übertragen und diese Aufgaben können ihm auch nicht entzogen werden. Diese unübertragbaren Aufgaben des Verwaltungsrates sind in Art. 716a OR aufgezählt. § 21 Abs. 2 der Statuten gibt diese Aufzählung des OR wörtlich wieder. Die Aufgabenteilung zwischen Generalversammlung und Verwaltungsrat ist also durch das Gesetz vorgegeben.

Will der Verwaltungsrat bestimmte Aufgaben der Geschäftsführung weiter delegieren, braucht er dafür nach Art. 716b OR eine ausdrückliche Grundlage in den Statuten und er hat diese Beschlüsse über die Organisation der AG in einem Organisationsreglement festzulegen. Diese Grundlage wird in § 21 Abs. 3 geschaffen. Im Zuge der Vorbereitungsarbeiten zur Verselbständigung der Spitäler (vgl. oben Ziff. 1) werden nun laufend auch Entscheide über die Organisation der Spitäler innerhalb der neuen Rechtsform getroffen. Insbesondere hat der Regierungsrat bereits den künftigen Geschäftsführer der Solothurner Spitäler AG bezeichnet. Sobald der Verwaltungsrat durch den Regierungsrat designiert ist, werden die Mitglieder des künftigen Verwaltungsrates in die Vorbereitungsarbeiten einbezogen. Formell wird das Organisationsreglement wie erwähnt durch den Verwaltungsrat zu beschliessen sein.

§ 22 Auskunfts- und Einsichtsrecht

Das Recht auf Auskunft und Einsicht in der Mitglieder des Verwaltungsrates die Unterlagen der Solothurner Spitäler AG ergibt sich bereits aus Art. 715a OR. Die Statuten übernehmen diese gesetzliche Regelung.

C. Die Revisionsstelle

§ 23 und 24 Zusammensetzung, Amtsdauer, Aufgaben

Die Generalversammlung der AG muss eine Revisionsstelle wählen, die befähigt ist, ihre Aufgaben zu erfüllen. Ab einer bestimmten Grösse der Gesellschaft, die bei der Solothurner Spitäler AG erfüllt ist, muss die Revisionsstelle besondere fachliche Voraussetzungen erfüllen, welche in einer Verordnung des Bundesrates näher umschrieben sind (Art. 727b OR). Die Revisionsstelle muss vom Verwaltungsrat und von einem Mehrheitsaktionär unabhängig sein (Art. 727c OR). Die Frage, ob die kantonale Finanzkontrolle diese Anforderungen an die Unabhängigkeit erfüllen würde, wird gegenwärtig noch geprüft. Die Amtsdauer der Revisionsstelle soll bei der Wahl durch die Generalversammlung festgelegt werden. Nach dem Gesetz darf die Amtsdauer höchstens drei Jahre betragen, wobei aber die Wiederwahl möglich ist (Art. 727e OR).

Die Aufgaben der Revisionsstelle ergeben sich aus dem Gesetz (Art. 728 ff. OR), ebenso die Auflage, dass der Revisionsstelle keine Aufgaben des Verwaltungsrates und der Geschäftsführung übertragen werden dürfen (Art. 731 OR).

IV. Rechnungslegung, Gewinnverteilung, Vermögensverwendung

§ 25 bis 27

Das Gesetz enthält eingehende Vorschriften über die Rechnungslegung (Art. 662 ff. OR). Eine Konzernrechnung ist dann zu erstellen, wenn mehrere Gesellschaften unter einer einheitlichen Leitung zusammengefasst sind, also bei der Errichtung von Tochtergesellschaften (Art. 663e OR).

Die Solothurner Spitäler AG hat einen gemeinnützigen Zweck. Aus diesem Grund wird hier die Ausrichtung von Dividenden und Tantiemen ausdrücklich ausgeschlossen. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die AG mit Bezug auf die direkten Steuern von der Steuerpflicht befreit werden kann. Ebenso verlangt die Steuergesetzgebung, dass das Vermögen einer steuerbefreiten Gesellschaft seinem Zweck nicht entfremdet werden darf. Die Solothurner Spitäler AG ist im weiteren bei ihren Entscheiden über die Verwendung eines allfälligen Betriebsgewinns auch an die Vorgaben der Spitalgesetzgebung und der Leistungsvereinbarung gebunden.

V. Auflösung und Liquidation

§ 28

Die Auflösung und das Verfahren bei einer Liquidation sind im Gesetz geregelt (Art. 736 ff. OR). Die Auflage, dass ein allfälliger Liquidationsüberschuss an eine andere steuerbefreite Institution oder an den Kanton Solothurn übertragen werden müsste, ergibt sich ebenfalls aus der Steuergesetzgebung, aber auch aus dem Spitalgesetz und aus der Verpflichtung des Kantons, allein oder mit anderen Trägern Spitäler zu führen (Art. 101 Abs. 1 KV).

VI. Publikationsorgane

§ 29

Die Statuten müssen eine ausdrückliche Regelung über das Publikationsorgan enthalten. Die vom Gesetz vorgeschriebenen Veröffentlichungen müssen im Schweizerischen Handelsamtsblatt erfolgen (Art. 931 OR).

VII. Gerichtsstand

§ 30

Der Gerichtsstand bei Klagen gegen alle verantwortlichen Personen ist am Sitz der Gesellschaft (Art. 761 OR).

4. Rechtliches

Grundlage für die Errichtung der AG ist das Spitalgesetz. Der Kantonsrat ist nach § 16 Abs. 4 Spitalgesetz zuständig für die Genehmigung der Gründungsstatuten.

Der Beschluss des KR unterliegt nicht dem Referendum, gestützt auf Art. 37 Abs. 1 lit. e i. V. mit Art 76 Abs. 1 lit. a KV.

5. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Walter Straumann
Landammann

Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

6. Beschlussesentwurf

Statuten der Solothurner Spitäler AG; Genehmigung

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf § 16 Absatz 4 des Spitalgesetzes vom 12. Mai 2004¹⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 10. Mai 2005 (RRB Nr. 2005/1076), beschliesst:

Die Statuten der «Solothurner Spitäler AG» vom 10. Mai 2005 (RRB Nr. 2005/1076 vom 10. Mai 2005) werden genehmigt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Anhang: Statuten der Solothurner Spitäler AG

Verteiler KRB

Departement des Innern (Spitalamt) (4); FM, MW, KA, BS
Projektgruppe Verselbständigung; Versand per Email durch Spitalamt
Finanzdepartement
Kantonale Finanzkontrolle
Sozial- und Gesundheitskommission (16)
Finanzkommission (16)

¹⁾ BGS 817.11.